

Gemeinderäte sagen Nein zur Rastanlage

ENTSCHEIDUNG Geschlossen stellt sich das Oberhaider Gremium vor die Staffelbacher Bürger. Sie haben sich bei mehreren Informationsveranstaltungen deutlich gegen das Bauvorhaben der Autobahndirektion Nordbayern ausgesprochen.

VON UNSEREM REDAKTIONSMITGLIED ISABELLE EPPLE

Oberhaid - Eindeutiger hätte die Entscheidung nicht ausfallen können: Geschlossen stimmten alle im Oberhaider Gemeinderat vertretenen Fraktionen in der jüngsten Sitzung gegen den Bau einer Tank- und Rastanlage an der A 70 im Gemeindeteil Staffelbach.

Zur Begründung heißt es im Grundsatzbeschluss, dass der Bau einer Rastanlage einen hohen Flächenverbrauch bedeuten würde: Sechs Hektar soll das Gelände laut Planung umfassen, davon werden fünf Hektar zurzeit landwirtschaftlich genutzt. Zudem werde das Landschaftsbild stark beeinträchtigt, und die Anwohner würden erheblichen Immissionsbelastungen, wie Lärm, Abgasen und Lichtreflexionen ausgesetzt. Beliebte Nacherholungsgebiete, etwa rund um die Weinberge, müssten dem Bau einer Rastanlage weichen und gingen damit unwiederbringlich verloren. Außerdem würde die Anlage die Lebensqualität der betroffenen Anwohner stark beeinträchtigen.

Erster Bürgermeister Harald Krug betonte, es sei wichtig, alle Bedenken der Bevölkerung in den Grundsatzbeschluss aufzunehmen, um sowohl in einem persönlichen Gespräch mit Vertretern der Autobahndirektion Nordbayern als auch gegenüber den Fachbehörden besser argumentieren zu können. Anlässlich des Gesprächs will Krug auch eine Unterschriftenliste gegen den Bau übergeben.

Das einstimmige Nein der Räte kam nicht überraschend: Bereits im Vorfeld der Sitzung hatten alle Fraktionen bei Partei- und Informationsveranstaltungen ihr Veto gegen die Pläne der Autobahndirektion Nordbayern eingelegt. Dementsprechend begrüßten die Fraktionen das geschlossene gemeinsame Vorgehen: „Ich freue mich über diese Einigkeit“, erklärte SPD-Fraktionssprecher Claus Reinhardt.

Er verwies auf die Ergebnisse eines Arbeitskreises, der eine vergleichende Untersuchung der beiden Standorte „Haßberge“ (Staffelbach) und „Limbach“ (Gemarkung Eltmann) durchgeführt hat. Wie die Autobahndirektion hat auch der Arbeitskreis anhand einer Kriterienliste (Lage, Abstände zu Anschlussstellen, Ver- und Entsorgung, Auswirkung auf Natur, Landwirtschaft sowie Forst- und Landwirtschaft, etc) Plus- und Minuspunkte verteilt.

Während die Autobahndirektion den Staffelbacher Standort mit 34 und Limbach mit elf Punkten bewertet, kommt der Arbeitskreis im Fall Limbach auf 24 und bei Staffelbach auf minus vier Punkte. „Die Autobahndirektion hat schlampig bei der Beurteilung gearbeitet. Der Arbeitskreis kann mit seinem Ergebnis nicht so falsch liegen“, sagte Reinhardt.

Außerdem müsse man den Beschluss dahingehend ergänzen, dass nach dem Entwicklungskonzept Maintal eine solche Anlage als „nicht förderlich“ bezeichnet werde, weil sie nicht dem Flussparadies Franken vereinbar sei. Krug versprach, diesen Hinweis in den Grundsatzbeschluss aufzunehmen.

„Es ist grotesk: Die Tank- und Rastanlage soll dort gebaut werden, wo sie keiner will, und die, die sie haben wollen, kriegen sie nicht“, spielte Reinhardt auf die grundsätzlich positive Haltung der Gemeinde Eltmann zum Bau der Rastanlage in Limbach an.

**„Wir wollen die Anlage nicht sehen,
nicht hören, nicht riechen - wir wollen sie überhaupt nicht.“
BRUNO FISCHER, CSU**

Auch CSU-Fraktionssprecher Bruno Fischer sprach sich für ein gemeinsames Vorgehen aus: „Dieses Thema soll kein Politikum werden. Alle müssen an einem Strang ziehen.“ Er betonte, zum einen seien die Staffelbacher gegen das Bauvorhaben, zum anderen biete es der Kommune keine Vorteile: „Neue Arbeitsplätze sind nicht garantiert. Und die Gewerbesteuer, die die Gemeinde einnehmen würde, wäre minimal. Wir wollen die Anlage nicht sehen, nicht hören, nicht riechen - wir wollen sie

überhaupt nicht.“ Es gebe durchaus weitere Alternativstandorte: „Man könnte den Autohof Knetzgau einbeziehen. Auch Stadelhofen wäre eine Möglichkeit.“

UBV-Fraktionssprecher Herbert Ramer erklärte, das Interesse und der Widerstand der Bürger zeige, dass man sich gegen das Bauvorhaben stemmen müsse. Er zitierte den aus dem Landesentwicklungsplan abgeleiteten Regionalplan, der in dieser Angelegenheit Rechtsgrundlage sei: „Oberhaid liegt an der Entwicklungsachse, deshalb verläuft hier die Autobahn und die Eisenbahnstrecke. Dadurch ist die Belastungsgrenze in Oberhaid bereits erreicht.“ Krug versprach, dieses Argument mit aufzunehmen.

Der Beschluss geht jetzt weiter an die Autobahndirektion und an das Bundesverkehrsministerium. Zudem werden die Mandatsträger auf Bundes- und Landesebene informiert.

Quelle: Fränkischer Tag, 15.06.2007

Gemeinderatssitzung am 12. Juni 2007

Tank- und Rastanlage Staffelbach

In einer Informationsveranstaltung am 25. April 2007 wurde das Vorhaben der Autobahndirektion Nordbayern, in der Gemarkung Staffelbach eine Tank- und Rastanlage zu errichten, vorgestellt. Hierbei wurde deutlich, dass das Projekt bei den Einwohnern Staffelbachs auf Ablehnung stößt. Um die Haltung der Bevölkerung bei den zuständigen Stellen effektiv und zielgerichtet vortragen zu können, wurde von Seiten der Gemeinde zu einem weiteren Informationsgespräch eingeladen. Hierbei wurden die einzelnen Gründe zusammengefasst und konkretisiert. Auch der angestrebte Arbeitskreis konnte mit Unterstützung von elf Gemeindebürgern gebildet werden. Als Ergebnis aus den bisherigen Veranstaltungen kann zusammenfassend festgestellt werden, dass die Errichtung der Tank- und Rastanlage in der Bevölkerung keine Zustimmung findet. Nach eingehender Diskussion wurde zusammenfassend folgender einstimmiger Beschluss gefasst:

Das Vorhaben der Autobahndirektion Nordbayern zur Errichtung einer Tank- und Rastanlage westlich von Staffelbach wird aus folgenden Gründen abgelehnt:

1. Die Realisierung des Projektes führt zu einem erheblichen Flächenverlust, insbesondere zu Lasten von landwirtschaftlichen Nutzflächen.
2. Das für Staffelbach prägende Landschaftsbild im Bereich des Spitzelberges wird gravierend beeinträchtigt.
3. Der räumliche Umgriff der Anlage zerstört stark genutzte Naherholungsgebiete.
4. Die Einwohner Staffelbachs werden durch deutlich höhere Immissionen belastet (Schadstoffe, Lärm u. Lichtreflektionen).
5. Durch die Tank- und Rastanlage wird die Lebensqualität der Staffelbacher Bürgerinnen und Bürger stark beeinträchtigt.
6. Wegen der Bündelung von verkehrsreichen Straßen und bestehender energiewirtschaftlicher Einrichtungen kann eine zusätzliche immissionsbelastete Anlage nicht hingenommen werden. Auf den Regionalplan wird verwiesen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Autobahndirektion Nordbayern und das Bundesverkehrsministerium über die Ablehnung in Kenntnis zu setzen. Weiterhin sollen die Mandatsträger auf Bundes- und Landesebene informiert und um Unterstützung gebeten werden. Hierbei ist auch darauf hinzuweisen, dass noch mögliche Standortalternativen gesucht und geprüft werden müssen.

Quelle: Amtsblatt der Gemeinde Oberhaid, 04.07.2007